

Für den Frieden

Eine gemeinsame Erklärung der französischen und deutschen Bischöfe

Am 18. Juni wurde die nachfolgende „Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und des Vorsitzenden der Französischen Bischofskonferenz“, so der offizielle Untertitel, veröffentlicht. Es handelt sich dabei um die erste gemeinsame Erklärung des deutschen und französischen Episkopats. Der Beschluß, eine gemeinsame Friedenserklärung zu erarbeiten, wurde im Frühjahr 1980 gefaßt. Wir dokumentieren den vollständigen Wortlaut der Erklärung.

Wohl nirgendwo sonst in der Welt haben zwei Völker so oft Krieg gegeneinander geführt wie Deutsche und Franzosen. Gleichwohl haben sie sich nach einem der grausamsten Kriege in Europa die Hand zur Versöhnung gereicht. Sie sind sich heute ihrer gemeinsamen Verantwortung bewußt, miteinander versöhnt den Frieden in dieser Welt mitaufzubauen.

Wir katholischen Bischöfe dieser beiden allzu oft verfeindeten Völker flehen brüderlich vereint zu Christus, dem barmherzigen Erlöser: „Schenke uns die Gabe des Friedens!“ Wir selbst wollen – getreu dem Evangelium des Friedens – ein Zeichen der Versöhnung setzen und darum rufen wir – zum ersten Mal gemeinsam – unsere Völker zu einem Aufbruch des Glaubens und der Hoffnung für den Frieden. Können wir schweigen, wenn wir täglich durch die modernen Kommunikationsmittel den Lärm der Waffen hören? Dürfen wir uns damit abfinden, daß Rivalitäten, Konflikte und Waffen bis an den äußersten Rand der Welt getragen werden, während gleichzeitig viele Völker dem Hunger, der Not und der Unterentwicklung ohnmächtig gegenüberstehen?

Daher richten wir deutschen und französischen Bischöfe gemeinsam eine Botschaft an die Christen und alle Menschen guten Willens, vor allem an die Politiker unserer Staaten: Wir alle tragen Verantwortung für den Frieden der Welt. Wir alle sind zur Versöhnung aufgerufen, zu jener „Zivilisation der Liebe“, welche die Päpste unserer Zeit so eindringlich fordern.

Die Kirche als Gestalter des Friedens

Die Geschichte der Kirche ist die Geschichte eines trotz aller Konflikte und Fehler immer wieder neu begonnenen Zeugnisses für das von Gott den Menschen und der Welt geschenkte Heil. Sie ist erfüllt von dem immer wieder erneuerten Bestreben, Menschen verschiedenster Anschauungen im Frieden zu vereinen.

Nur allzu oft wurde diese Hoffnung in der Vergangenheit durch Egoismus und Selbstgefälligkeit, durch Feindselig-

keit und Streitigkeiten – auch unter Christen – verdunkelt, und dies geschieht heute noch an zahlreichen Stellen der Erde. Da aber das Evangelium des Friedens in unsere Hände gelegt wurde, können wir uns dem Auftrag, es zu verkünden und zu verwirklichen, nicht entziehen.

Es ist nicht Aufgabe von uns Bischöfen, Friedenskonzepte politischer Art zu entwerfen. Aber wir haben die Verantwortung, zum Frieden aufzurufen, die für einen menschenwürdigen Frieden unerlässlichen Prinzipien und Normen zu benennen und die Menschen zu geistigen, sozialen und politischen Anstrengungen für den Frieden zu bewegen. Dazu drängt uns auch das Leiden so vieler Familien und Völker, die durch Angst vor Kriegen wie gelähmt sind und deren Freiheit unterdrückt wird.

Es ist kein abstraktes oder sentimentales Unternehmen, in der Meinungsvielfalt unserer Gesellschaft zum Frieden aufzurufen. Welche religiösen oder philosophischen Überzeugungen die einen oder anderen auch haben mögen, wer den Frieden will, muß, vor allem für den Vorrang einer Ordnung der Gerechtigkeit nach innen und außen eintreten. In dieser Ordnung müssen die umfassend verstandenen Menschenrechte und der Wille zu ihrer Verwirklichung das Kernstück sein. Sie sind, woran Johannes Paul II. wieder und wieder erinnert, der eigentliche Sinn des Staates. Sonst entartet er zur totalitären Macht und gefährdet den inneren und äußeren Frieden der Nationen. „Die Entwicklung des ganzen Menschen und der ganzen Menschheit zu erstreben“ ist, wie Papst Paul VI. in der Enzyklika „Populorum progressio“ schrieb, der Horizont und das äußerste Ziel eines jeden Engagements für den Frieden.

Spannungen und Konflikte der heutigen Zeit

Der Friede in der Welt ist heute vielfältig bedroht. Der Ost-West-Konflikt trennt die Kontinente aus ideologischen, aber auch aus ökonomischen und militärischen Gründen, aus Gründen also des Machtdenkens. Das kommunistische System verneint, wo es Macht ausübt, die Auffassung von der freiheitlichen und sozialen Demokratie in Gesellschaft und Staat. Mit dem Ziel einer revolutionären Umwandlung der Gesellschaft provoziert die totalitäre Macht dieses Lagers die wachsenden militärischen, industriellen und finanziellen Anstrengungen zur Verteidigung im anderen Lager. So aber dreht sich die Rüstungsspirale immer weiter. Diese Spannung und die Gefahren, die von ihr ausgehen, belasten das tägliche Leben

der Völker in zunehmendem Maß; die Angst vor der Zukunft steigert sich.

Eine andere Gefahr für den Frieden hat ihren Ursprung in der Unterentwicklung, dem Elend und der Ungerechtigkeit, denen ganze Bevölkerungsschichten in zahlreichen Ländern, vor allem in der Dritten Welt, ausgesetzt sind. Diese Mängel führen vielfach zu andauernder politischer Instabilität.

Der „Kolonialismus“ hat zu diesen Mängeln beigetragen und ist teilweise für sie verantwortlich. Aber noch unmittelbarer schwächen Schwankungen des Weltmarktes und Störungen des Weltwirtschaftssystems ökonomisch und politisch nicht stabile Regionen.

All diese Spannungen werden noch verschärft durch nationale, religiöse oder ideologische Gegensätze, die zur Verletzung verbindlicher Abkommen, zu Revolutionen, zur Vertreibung von Völkern und zum Bürgerkrieg beitragen. Wie der Ost-West-Konflikt haben diese Probleme seit einem Vierteljahrhundert globale Dimensionen angenommen. Nicht selten verbindet sich in Afrika, in Südamerika und in Asien diese „Nord-Süd“-Spannung mit dem „Ost-West“-Konflikt.

Lokale Konflikte und ökonomische Ungleichheiten können ernsthafte Bedrohungen des Friedens, ja Keime des Krieges werden. Weit davon entfernt, den Hoffnungen der Völker, die noch nicht in Freiheit leben, entgegenzukommen, vertiefen die brudermörderischen Kämpfe die Abhängigkeit und das Elend. Damit dürfen wir uns nicht abfinden.

Der Friede: Eine weltweite Verantwortung

Seit Jahrzehnten weisen die Päpste und die Bischöfe mit Nachdruck auf die Verantwortung der entwickelten Völker für Gerechtigkeit und Frieden hin. Sie empfehlen im Blick auf die Länder der Dritten Welt die Achtung vor deren Recht auf politische Selbstbestimmung und sie unterstützen alle Hilfsmaßnahmen, die ihnen die Mittel geben, ihr eigenes Leben und ihre Entwicklung selbstverantwortlich zu gestalten. Dabei gilt es auch die Kultur dieser Länder und ihre historischen, religiösen und intellektuellen Werte zu respektieren und zu fördern, damit sie ihren Beitrag zum moralischen, geistigen und materiellen Fundament der Menschheit leisten können.

Diese Leitlinien verlangen von uns allen weniger schöne Worte als konkrete Anstrengungen und Opfer. Vor allem aber gilt es, unsere abendländische Geisteshaltung und die Möglichkeiten unserer Politik zu überprüfen, wenn wir bessere Voraussetzungen für einen menschenwürdigen Frieden schaffen wollen. Das ist es, was die Päpste die „Zivilisation der Liebe“ nennen.

Gewiß lassen sich die Konflikte und Spannungen in der Welt nicht auf einmal beheben. Aber wir können für eine entscheidende Erneuerung arbeiten, die allein aus dem Innern des Menschen kommt.

Die Liebe ist die erste Bedingung der Gerechtigkeit: In ihr

klingen gesunder Menschenverstand, Klugheit und moralische Aufrichtigkeit zusammen. Die „Zivilisation der Liebe“ verwirft das Verlangen, alle Möglichkeiten der Macht und des Reichtums auszuschöpfen; denn es macht blind für die damit verbundene Unterdrückung der Interessen der anderen. Die Liebe gebietet uns die Achtung vor der Eigenart des anderen. Die Liebe fordert Verhandlungen, wenn es um die höheren Interessen der Völker geht. Mit einem Wort, sie zielt auf eine fundamentale Solidarität und stellt die Macht der Staaten in den Dienst des Gemeinwohls der Menschheit. Die „Zivilisation der Liebe“ hat das „menschliche Gleichgewicht“ im Blick, von dem „Pacem in terris“ spricht; sie fordert unser unablässiges Bemühen, Opfern und Verzichten und die Entwicklung neuer Vorstellungen vom Zusammenleben der Völker. Die „Zivilisation der Liebe“ ist die Chance einer Politik des Friedens: Über die Ängste vor der gegenseitigen Zerstörung hinaus, schafft sie Raum für die menschliche Person in der konkreten Geschichte der Menschheit.

Elemente einer Politik des Friedens

Wahre Politik des Friedens ist viel mehr als militärische Sicherheitspolitik. Wenn die militärischen Strategien und nur die Sorge um das Gleichgewicht der Kräfte die öffentliche Debatte bestimmen, entsteht der Eindruck, die militärischen Faktoren seien die einzige Garantie für den Frieden. Tatsächlich aber müssen die politischen Erwägungen den Vorrang vor Überlegungen über das Verhältnis der Streitkräfte haben. Die Gesinnung der Völker, die Ziele, die sie sich setzen, die Qualität ihrer Entscheidungen, das moralische Gewicht der Staaten bei den Verhandlungen mit den Partnern, alles, was die internationale Glaubwürdigkeit eines Landes ausmacht, das sind die Elemente, die entscheidend sein müssen. Der militärische Schutz rechtfertigt sich moralisch nur als äußerste Garantie einer Politik des Friedens.

Es erheben sich heute Stimmen, die befürworten, einseitig abzurüsten; und sei es auch nur, um ein Vorbild zu geben. Wir sind der Ansicht, daß eine solche Haltung für den Frieden, für die Autonomie und die Freiheit unserer Völker gefährlich ist. Aber wir sind absolut damit einverstanden, laut und deutlich zu fordern, daß alles unternommen werden muß, um die Anwendung der heute zur Verfügung stehenden Waffen zu vermeiden.

Ein Rüstungswettlauf kann auf keinen Fall ein Weg zum Frieden sein: Er bleibt eine furchtbare Lebensbedrohung. Angesichts des vorhandenen Waffenpotentials ist das Überleben der Völker und der ganzen Menschheit heute auf neue Art bedroht. Es sind große Anstrengungen und viele kleine vertrauensfördernde Schritte notwendig, um diese Gefahr zu überwinden.

Nur eine Politik, die die unverzichtbaren Menschenrechte achtet, die dem Recht und der Gerechtigkeit dient und die Selbstbestimmung der Völker im Kampf gegen Elend und Unterentwicklung fördert, kann das Recht in Anspruch nehmen, im Notfall mit Waffen verteidigt zu werden. Nur die Verteidigung solcher Politik ist sittlich gerechtfertigt.

Die Weltlage erfordert eine neue Haltung, eine moralische Anstrengung im Osten wie im Westen, im Norden wie im Süden. Wir haben noch eine „Bewährungsfrist“, um Frieden zu schaffen. Wir bestehen darauf, daß man systematisch nach Abkommen für die kontrollierte Rüstungsbegrenzung sucht, nach fortschreitender Abrüstung unter internationaler Kontrolle. Unübersehbar werden für alle Völker die Vorteile dieser unbedingt erforderlichen Entspannung sein, die der Vernunft und der Brüderlichkeit wieder rechtes Gewicht in den Beziehungen zwischen den Menschen verleiht. In der heutigen alarmierenden Situation ist das der Weg, auf den der gesunde Menschenverstand und der Glaube klar und deutlich hinweisen.

Um den Krieg zu verhindern, müssen die Politiker und die verantwortlichen Militärs eine quantitative oder qualitative Rüstungseskalation verhindern, die auf die Erlangung der strategischen Vormachtstellung hinzielt. Von einem Gleichgewicht der Kräfte aus müssen Abrüstungsverhandlungen begonnen werden. Dabei kommt es nicht nur auf den Vergleich des Waffenpotentials an, vielmehr sollen auch andere Faktoren berücksichtigt werden, also wirtschaftliche Macht, Rohstoffe, geopolitische Lage usw. Auch die Geschichte der Völker wird zu beachten sein. Die Reaktion auf ihre Sicherheitsbedürfnisse kann sie in ihrem Vertrauen zum Frieden bestärken oder entmutigen. Ihre Hoffnung wird gestärkt, wenn solide juristische Regeln und mit ausreichender Macht ausgestattete internationale Organisationen die äußeren Beziehungen der Staaten und der Völker garantieren, und wenn die Einhaltung der internationalen Abkommen unantastbares Gesetz wird.

Im übrigen gestalten und sichern wir den Frieden, indem wir den Völkern helfen, die Situation der anderen zu verstehen, deren Ruf nach Sicherheit zu hören und deren Ängste ernst zu nehmen, und indem wir dazu beitragen, daß Begegnungen oder Zeichen der Solidarität die Menschen zueinanderführen und so Konflikte wie die von gestern oder heute unmöglich machen.

Wir müssen alle dafür arbeiten, daß jede Nation ihre Lebensform frei gestalten und sich gegen Druck oder Erpressungen von außen wehren und verteidigen kann. Der moralische Wert des Selbstverständnisses eines Volkes hat

erhebliche politische Bedeutung. Seine Widerstandskraft gegen Aggression wird nicht nur von der Zahl der Bataillone, über die es verfügt, bestimmt; sie hängt vor allem von der Entschlossenheit ab, das Leben selbst zu gestalten, Opfer zu bringen und Risiken auf sich zu nehmen. Der Vorrang der ethischen Werte bei der Ausrichtung unserer Politik ist nicht eine Frage zweiten Ranges, sondern ein wichtiger, wenn auch oft vernachlässigter Faktor der Kriegsverhütung.

Für das Wohl aller

In diesem Sinne begegnen sich heute Ethik und Politik bei der Meisterung heikler Situationen. Einfache Ideen und Schlagworte genügen dabei nicht. Politische Verantwortung erfordert, daß das Wohl aller und die Möglichkeiten jedes einzelnen nach den Kriterien der Würde des Menschen geachtet werden. Das Leben von Millionen Menschen liegt im gefährlichen Schatten eines überall in der Welt aufgehäuften Vernichtungspotentials. Es ist noch mehr gefährdet durch ungerechte Systeme, die zu Tyrannei, Völkermord und Massenvernichtung führen.

Eine wahre Friedenspolitik muß diese beiden Konfliktquellen zugleich sehen. Indem sie dazu beiträgt, das Leben menschlicher zu gestalten, sichert sie die Zukunft mit Vernunft und Liebe, „die allein die Welt aufbauen“.

Wir Bischöfe in Deutschland und Frankreich wissen, wie Europa in der Vergangenheit vom Krieg verwüstet und zerrissen wurde. Wir wissen, daß der Friede nicht allein die Frucht des gesunden Menschenverstandes oder der Vernunft ist. Unser Glaube lehrt uns, daß die Würde jedes menschlichen Wesens in der schöpferischen Liebe Gottes ruht. Dieses Bild vom Menschen hat Jesus Christus durch seinen Tod und seine Auferstehung erneuert. In seiner Nachfolge sind alle Christen aufgefordert, „Gestalter des Friedens“ zu werden, die wie das Evangelium sagt, echte Söhne Gottes sind.

Der Dienst am Frieden ist ein konkretes Werk des christlichen Glaubens und zugleich ein dringendes Erfordernis unserer Zeit. Darum bitten wir den Herrn, der unser Friede und unsere Versöhnung ist, er möge uns die Gnade der Versöhnung und des Friedens schenken.

Kirche und Fremdenangst

Eine Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz

Am 23. Juni veröffentlichte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, eine Erklärung, die die wichtigsten Forderungen und Aufgaben der Kirche in der gegenwärtigen Diskussion über die Ausländer in der Bundesrepublik zusammenstellt. Wir dokumentieren den Wortlaut der Erklärung.

In der Kirche gibt es kein Ausland und keine Grenzen; denn alle Getauften haben dasselbe Bürgerrecht. Aber auch in Staat und Gesellschaft sind die Würde und die Menschenrechte der Ausländer zu achten. In den letzten Jahrzehnten sind Millionen von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland gekommen, nicht nur um Arbeit